

## **Muster -Bürgschaft Abschlagszahlung nach § 650c Abs. 3 BGB - befristet**

Der Auftragnehmer

.....  
Name und Sitz

und der Auftraggeber

.....  
Name und Sitz

haben unter der Auftraggeber-Bestellnummer: .....

einen Auftrag für: .....  
Bezeichnung der Leistung  
abgeschlossen.

Nach den Bedingungen des Vertrages hat der Auftragnehmer als Sicherheit für eine Abschlagszahlung nach § 650c Abs. 3 BGB eine Bürgschaft zu stellen.

Der Bürge

.....  
Name und Sitz

übernimmt im Auftrag des Auftragnehmers zugunsten des Auftraggebers für etwaige Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung der geleisteten Abschlagszahlung nach § 650c Abs. 3 BGB gem. der Rechnung-Nr. ... vom ... des Auftragnehmers die selbstschuldnerische Bürgschaft bis zu einem Betrag von

EUR .....  
(in Worten: .....).

zzgl. Zinsen i.H.v. max. 10 % p.a auf diesen Betrag.

Die Bürgschaft ist befristet auf den .....

Der Bürge erklärt hiermit, dass der Auftraggeber einer Verlängerung der Bürgschaft durch Änderung der Gültigkeit verlangen kann, wenn ein Interesse an der Verlängerung der Bürgschaft gegenüber dem Auftragnehmer oder dem Bürgen schriftlich geltend gemacht wird. Das Recht eine Verlängerung zu verlangen, kann wiederholt ausgeübt werden, darf aber nicht willkürlich ausgeübt werden. Die Aufforderung zur Verlängerung der Bürgschaft muss jedoch innerhalb der o. g. Befristung oder einer Verlängerungsperiode beim Bürgen eingegangen sein. Danach können keine Ansprüche gegen den Bürgen gestellt werden. Verlängert der Bürge die betreffende Bürgschaft trotz Aufforderung des Auftraggebers an den Auftragnehmer oder den Bürgen nicht binnen 4 Wochen nach Zugang der Aufforderung, so ist der Auftraggeber berechtigt, diese Bürgschaft in Anspruch zu nehmen.

Auf die Einreden der Anfechtbarkeit und Aufrechenbarkeit wird verzichtet. Der Verzicht auf die Einrede der Anfechtbarkeit umfasst nicht den Einwand der Anfechtung wegen einer arglistigen Täuschung. Der Ausschluss der Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht, soweit die Gegenforderung des Auftragnehmers unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist .....

.....  
(Datum)

.....  
(Stempel und Unterschriften)